

**SPD unterstützt Bürgerinitiativen und fordert Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens**

- Die SPD steht zum dem von ihr in der Bundesregierung eingeleiteten schnellen Ausbau regenerativer Energien. Nur so sind der vollständige Ausstieg aus der Atomenergie und der Verzicht auf weitere Kohlkraftwerke umsetzbar.
- Die SPD unterstützt allerdings den breiten Bürgerprotest, wenn bei neuen Fernleitungen kurzfristige, wirtschaftliche Interessen der Energieversorger und Netzleitungsbetreiber über die berechtigten Einwände betroffener Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürgern entlang geplanter Trassenführungen gestellt werden.
- Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits im April 2007 einen Antrag in den Landtag eingebracht (Drs. 15/3717), Titel: Erdkabel statt Hochspannungsleitungen – Bedenken der Bevölkerung Rechnung tragen! Damit sollte die Erdverkabelung als ausdrückliches Ziel der Landesraumordnung festgelegt werden.
- Die Landesregierung hatte sich des Themas nur sehr zögerlich angenommen. Erst aufgrund des nahen Landtagswahltermins bestand schließlich die Bereitschaft zur Verabschiedung eines Niedersächsischen Erdkabelgesetzes. Dabei stellte der Konsens im Landtag den kleinsten gemeinsamen Nenner dar.
- Die SPD hatte sich in ihrem Gesetzentwurf vom 19.10.2007 für die Option einer vollständigen Erdverkabelung ausgesprochen und auf die Vorgabe von Mindestabständen zu Bebauungsbereichen bewusst verzichtet.
- Die CDU-Landesregierung bestand im späteren Gesetzgebungsverfahren auf die Verkabelung lediglich von Teilbereichen und auf Mindestabstände von 200m bei Einzelbebauung und 400m bei Siedlungen. Außerhalb dieser Grenzen war und ist eine Erdverkabelung generell nicht vorgesehen.
- Die Bürgerinitiativen haben am 18.10.2007 in einem Gespräch mit den Spitzen der SPD-Landtagsfraktion dieses Gesetz als „Placebo-Gesetz“ bezeichnet.
- Das Bundesgesetz vom 21.8.2009 (Energieleitungsausbaugesetz-EnLAG) hat die Grenzabstände des Niedersächsischen Gesetzes übernommen und sieht darüber hinaus nur Pilotstrecken für eine mögliche Erdverkabelung vor.
  
- Die aktuell vorgelegten Trassenvarianten von der Firma Transpower GmbH bestätigen alle damaligen Befürchtungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.
  
- Transpower geht sogar soweit, dass es in keiner einzigen Planungsvarianten eine Teilerdverkabelung vorschlägt und an Veranstaltungen wie am 3.8.2010 in Bad Gandersheim seine Teilnahme sogar verweigert. Das auf Konsens ausgerichtete Bundesgesetz wird bewusst ignoriert.

**Die SPD im Landkreis Northeim unterstützt nach wie vor die Bürgerinitiativen in ihrem Anliegen.**

**Wir wollen keine Monstermasten von mehr als 70 m Höhe, die**

- **zu nachhaltigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen,**
- **die Entwicklungsperspektiven unserer Region, insbesondere im Reha-, Erholungs- und Tourismusbereich erheblich beeinträchtigen,**
- **betroffene landwirtschaftliche Existenz bedrohen,**
- **das Landschaftsbild nachhaltig zerstören und die Lebensqualität beeinträchtigen.**

## Wir fordern:

- **Die niedersächsische Landesregierung als zuständige Ebene für das Raumordnungsverfahren hat den Zeitraum für öffentliche Stellungnahmen bis zum 27.8.2010 festgelegt. Es ist damit Aufgabe der Landesregierung, bei der gegenwärtigen Rechtslage eine Erdverkabelung bzw. Teilerdverkabelung im Rahmen der Planfeststellung durchzusetzen.**
- Gleichzeitig muss das Bundesgesetz mit dem Ziel einer vorrangig durchzuführenden Erdverkabelung novelliert werden
- Hilfsweise ist Anwendbarkeit des Landesgesetzes zu prüfen und ggf. durch eine Gesetzesnovelle sicherzustellen.
- Die Trasse Wahle-Mecklar als Pilotprojekt der für Erdverkabelung mit einer HGÜ-Leitung durchzuführen, vorzugsweise zur Minimierung von Landschaftseingriffen entlang der Bundesautobahn oder der DB-Schnellbahnstrecke.
- Bis zur Umsetzung dieser Punkte die Aussetzung des Raumordnungsverfahrens.
- Auf der Kreisebene ist der Landkreis aufgefordert, den klagewilligen Kommunen jede Hilfestellung zu geben und seinerseits alle Rechtsmittel gegen das planende Unternehmen auszuschöpfen.